

Der Abend
21. IX. 1917

190

Der Börsenschwindel greift immer weiter um sich.

Seit einigen Tagen sind es die Aktien der Staatseisenbahngesellschaft, auf die er sich verlegt. Die Staatseisenbahngesellschaft hat, wie man weiß, schon lange aufgehört, eine Eisenbahn zu betreiben. Ihre Linien sind längst verstaatlicht und ihre Einnahmen stammen in der Hauptsache von dem Tribut, den ihr der Staat andauernd zu zahlen hat, weiter auch aus Bergwerken, Maschinenfabriken und Großgrundbesitz. Wie man sich nun erzählt, soll die Preistreibererei ihre letzte Ursache darin haben, daß die ungarische Regierung den Ankauf des Grundbesitzes beabsichtigt. Sie will ihn in kleine Grundstücke zerteilen und den Kriegsverletzten zur Verfügung stellen.

Die Staatseisenbahngesellschaft verfügt über nahezu 175.000 Hektar des besten ungarischen Grund und Bodens. Es ließe sich dabei in der Tat ein gutes Geschäft machen, denn noch immer steht ja der Staat und die Gesellschaft auf dem aberwitzigen Standpunkt, daß man denen, die sich den Grund und Boden angeeignet haben, unerhörte Summen dafür zahlen müsse, daß sie ihn wieder dem rechtmäßigen Eigentümer, das ist die Allgemeinheit, zurückgeben. Es ist zweifellos notwendig, für die heimkehrenden Untauglichen zu sorgen. Das zu unterlassen wäre ebenso sicher ein Verbrechen der schlimmsten Art wie wenn man es zuließe, daß das Großkapital daraus wieder Profit zöge. Hier gibt es nur eines: die Beschlagnahme oder, richtiger gesagt, die Rücknahme. Daß der Staat dazu berechtigt, ja sogar verpflichtet sei, daran kann ernsthaft nicht gezweifelt werden. Darf er über das Blut seiner Bürger verfügen, ohne daß er gezwungen wäre, ihnen dafür die mindeste Entschädigung zu leisten, so ist kein vernünftiger Grund zu sehen, daß man mit dem Gut der Überreichen rücksichtsvoller umgehen müßte. Wir verlangen auch hier die Einberufung, denn die Zeiten des Unverdens sind vorüber.

G.